

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Energiepolitik - USA - RGW - UNIDO III

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Energiepolitik - USA - RGW - UNIDO III, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 2, pp. 61-62

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135403>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jahreswirtschaftsbericht

Ehrgeizige Ziele

Der Jahreswirtschaftsbericht 1980 zeichnet ein noch recht günstiges Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr. Zwar rechnet auch die Bundesregierung mit einer deutlichen Verlangsamung der konjunkturellen Auftriebskräfte, erwartet aber immerhin noch ein Wachstum des realen Bruttosozialprodukts um reichlich 2 1/2 % (1979: 4,4 %). Sie geht ferner davon aus, daß es gelingt, die Arbeitslosenquote etwa auf dem Niveau des Vorjahres zu halten und den Anstieg der Verbraucherpreise auf 4 1/2 % (1979: 4,1 %) zu begrenzen.

Angesichts der derzeitigen weltwirtschaftlichen Risiken ist eine solche Zielprojektion sicherlich ehrgeizig. Viel wird davon abhängen, wie die Auswirkungen der erneuten Ölpreisexplosion weltweit bewältigt werden. Die Bundesregierung gibt sich verhalten optimistisch, daß eine zu starke Dämpfung der Konjunktur in den Industrieländern mit entsprechenden Rückwirkungen auf den deutschen Export vermieden werden kann. Dies kommt auch in der Investitionsschätzung zum Ausdruck. So wird trotz der außenwirtschaftlichen Risiken von einer weiterhin relativ kräftigen Investitionstätigkeit ausgegangen. Die immer noch recht günstigen Konjunkturerwartungen der Unternehmen stützen diese Annahme. Endgültig werden die Weichen hier jedoch erst in der laufenden Lohnrunde gestellt. Zu hohe Tarifabschlüsse könnten – behielt die Bundesbank ihren monetären Kurs bei – die Erwartungen umschlagen lassen. Die Zielprojektion des Jahreswirtschaftsberichts könnte sich dann bald als zu ehrgeizig erweisen.

ew

Energiepolitik

Zweites Kohlezeitalter

Die Bundesregierung hat am 30. Januar mit der Vorlage des vor einem halben Jahr angekündigten Förderungsprogramms den Beginn der großtechnischen Kohleveredlung angezeigt. Die für 1980 und 1981 zur Verfügung stehenden Fördermittel in Höhe von 70 Mill. DM für insgesamt 14 Projekte mögen sich zwar relativ bescheiden ausnehmen, zu berücksichtigen ist aber, daß es sich dabei zunächst um Pilotprojekte handelt.

Fraglich ist allerdings, ob es der finanziellen Spritze durch die öffentliche Hand überhaupt noch bedarf, um

die Kohleveredlung aus dem „Labor“ zu holen und industriell zu betreiben. Man hat den Eindruck, als seien die von Bonn so gern beschworenen Marktkräfte auf dem besten Wege, die Bürokratie zu überholen. Die zur Zeit fast täglich gemeldeten Ölpreiserhöhungen lassen die Kostenrelationen zwischen Mineralöl- und Kohleprodukten ständig schrumpfen, so daß sich die jetzt in Angriff genommenen Projekte möglicherweise schon bei ihrer Fertigstellung Mitte der achtziger Jahre ohne staatliche Hilfe werden wirtschaftlich nutzen lassen.

Die Frage nach dem richtigen Einsatz staatlicher Subventionen verblaßt allerdings hinter dem gesellschaftspolitischen Zündstoff, der sich aus dem Einstieg ins zweite Kohlezeitalter zwangsläufig ergibt. Es wird erheblicher Anstrengungen seitens der Politiker und der beteiligten Unternehmen bedürfen, um der Bevölkerung verständlich zu machen, daß die mit der Kohletechnologie verbundenen Umweltprobleme im Interesse einer sicheren Energieversorgung in Kauf genommen werden müssen, und zwar nicht anstelle der Probleme der Kernenergienutzung, sondern zusätzlich. Das vom Forschungsminister anvisierte „freimütige Gespräch“ mit der Bevölkerung deutet darauf hin, daß die Regierung – eingedenk der Erfahrungen mit der Kernenergie – ihrerseits alles tun wird, um die Auseinandersetzung von Anfang an auf ihren sachlichen Kern zu begrenzen.

ma

USA

Vor schwierigen Zeiten

Wie festgefahren der amerikanische Wirtschaftskarren ist, läßt sich besser noch als aus der letztjährigen Entwicklung aus Prognosen ablesen. Ein Beispiel hierfür bietet der Wirtschaftsbericht, den der amerikanische Präsident Ende Januar im Kongreß vorlegte. Nicht nur, daß sich die bereits für 1979 erwartete Rezession nun wohl in diesem Jahr durchsetzen und die Teuerungsrate wiederum deutlich über der 10 %-Marke bleiben wird, auch die Rückkehr zu einer günstigeren Zielkonstellation wird nach Einschätzung der amerikanischen Regierung viel länger auf sich warten lassen als ursprünglich vermutet. Sollten die im Humphrey-Hawkins Act genannten Zielvorgaben, nämlich eine Arbeitslosenquote von 4 % und eine Preisanstiegsrate von 3 %, zunächst bis 1983 erreicht werden, so hält jetzt die Administration diese Werte erst 1985 bzw. 1988 für realisierbar.

Nach den Fehlschlägen der Stabilisierungspolitik im vergangenen Jahr ist diese Einschätzung kaum als zu pessimistisch zu bezeichnen. Sie soll den wachstumsgewöhnten Amerikanern zweifellos auch deutlich machen, daß schwierige Jahre ins Haus stehen. Allein schon weitere kräftige Energiepreissteigerungen werden in den nächsten Jahren in fast allen Ländern ständig neue Stabilisierungsaufgaben schaffen. Für die USA kommt erschwerend hinzu, daß die Anpassung der heimischen Energiepreise an das Weltmarktpreisniveau erst teilweise erfolgte und insofern erheblicher „Nachholbedarf“ besteht.

Ohnehin ist der Zeitbedarf für eine Stabilisierung um so größer, je stärker die Inflationsmentalität ist. Diese scheint in den USA jedenfalls gegenwärtig besonders ausgeprägt: Die Sparquote sank auf einen historischen Tiefstand. Die budgetpolitischen Stabilisierungsmöglichkeiten sind indes beschränkt, nachdem die geplanten Rüstungsausgaben kräftig aufgestockt wurden. Die Inflationsmentalität dürfte dadurch nochmals gestärkt werden. Es ist daher recht wahrscheinlich, daß die Preisentwicklung sich nur allmählich und nicht ohne Rückschläge auf den Projektionswert zubewegt. wt

RGW

Viele Probleme

Die europäischen RGW-Staaten stehen in zunehmendem Maße vor ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich unter anderem in einem niedrigeren gesamtwirtschaftlichen Wachstum dokumentieren. Einige RGW-Länder müssen gegenwärtig – im Vergleich zu den Vorjahren – deutlich sinkende Zuwächse des Sozialprodukts und der industriellen Produktion hinnehmen. Allerdings sind nicht alle Länder gleich stark von dieser Entwicklung betroffen. Mit voraussichtlich weniger als 2 % wird Polen 1979 die niedrigste Zuwachsrate des Sozialprodukts seit dem Krieg aufweisen, während Bulgarien ein Plus von 6,5 % erzielen konnte.

Besonders in Polen gibt auch die Energiesituation Anlaß zur Sorge. Seit 1975 ist ein beängstigend steigendes Energiedefizit zu bekämpfen. Die Ursachen hierfür müssen vor allem im zu langsamen Ausbau der Elektrizitätswerke gesehen werden, der mit der kräftigen Ausweitung des Produktionspotentials in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nicht Schritt halten konnte.

Zusätzlich erschwert wird die Situation durch inflationäre Prozesse; so betrug z. B. in Ungarn die Preissteigerung für Konsumgüter 1979 durchschnittlich 9 %. Da sich die Sowjetunion in den letzten Jahren immer stärker am Weltmarktpreisniveau orientiert, haben die höheren Rohstoffpreise innerhalb des RGW hauptsächlich die rohstoffärmeren Länder getroffen, die von Lieferungen aus der UdSSR abhängig sind. Als eine Reaktion hierauf muß wohl der Vorschlag der DDR verstanden werden, in Zukunft durch eine Preisreform im RGW möglichst viele Preise unabhängig vom Weltmarkt vertraglich festzusetzen. sr

UNIDO III

Signale gesetzt

Der dritten Generalkonferenz der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Delhi haben Politiker und Entwicklungsländer-Fachleute großes Gewicht beigemessen. Diese Veranstaltung war die letzte große Konferenz der Vereinten Nationen vor der Sondersitzung der Generalversammlung, bei der die Strategie für die nächste Entwicklungsdekade verabschiedet werden soll.

Die Ergebnisse aus Delhi lassen jedoch für diese Generalversammlung wenig Gutes ahnen. Die von den Entwicklungsländern eingebrachten „New Delhi Declaration and Plan of Action“ sind zwar mit 83 gegen 22 Stimmen westlicher Industrieländer beschlossen, doch bedeutet die Verweigerung der westlichen Industrieländer das Aus für den im Aktionsplan geforderten und von den Entwicklungsländern als zentral angesehenen globalen Industrialisierungsfonds. Die Zustimmung des Ostblocks zur Deklaration als Ganzes kann kein Ersatz sein, da diese Staaten dem Fonds ebenfalls ablehnend gegenüberstehen.

Das harte Gegenhalten dürfte allen Parteien als notwendig erschienen sein, um die Diskussionen der UN-Sondersitzung im August über die Strategie für die dritte Entwicklungsdekade schon rechtzeitig in die jeweils gewünschte Richtung zu lenken. Alle Staaten sahen anscheinend in der Konferenz von Delhi eine gute Gelegenheit, um entsprechende Signale in ihrem Sinne zu setzen. Daß dabei kein Ergebnis zustande kam, kann auch produktiv wirken: Industrie- und Entwicklungsländer müssen sich zusammenraufen, wenn der Dialog fortgesetzt werden soll. Daß dies notwendig ist, ist auch nach dem Scheitern der Verhandlungen in Delhi noch nicht umstritten. mk